

in Südschweden dagegen Dürre und Wassermangel. Die Temperaturzonen werden sich in Richtung Norden verlagern und die Vegetationsperiode wird sich um 2 bis 3 Monate verlängern.

#### WELCHE REAKTIONEN GAB ES AUF DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN TEILE DES IPCC-BERICHTS?

Die schwedische Regierung sieht den IPCC-Bericht als eine Bestätigung des von der Koalition beschlossenen umweltpolitischen Kurses. Zugleich weist sie auf die internationale Verknüpfung des Problems hin. Da nicht alle Länder die Möglichkeit oder den politischen Willen hätten, bis zum Jahr 2050 auf erneuerbare Energien zu wechseln, werde bei einem Verzicht auf Kohle und Öl die Atomkraft eine wichtige Rolle spielen. Der IPCC-Bericht enthalte die positive Botschaft, dass bei entsprechendem politischem Willen die Mittel gegeben seien, mit dem Problem fertig zu werden.

Ebenso zuversichtlich äußern sich schwedische Wissenschaftler. Sie erwarten einen Preisanstieg bei fossilen Brennstoffen, sehen zugleich aber einen positiven Trend zu einem höheren Lebensstandard durch neue Technologien, z.B. für energieeffizientere Häuser und nicht zuletzt veränderte Lebensgewohnheiten.

#### WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM? WER SIND DIE AKTEURE?

Bereits heute ist die Elektrizitätsgewinnung in Schweden nahezu vollständig frei von fossilen Brennstoffen. Die Nutzung von Öl am Gesamtenergieverbrauch ist von ca. 70 Prozent im Jahre 1970 auf ca. 30 Prozent

zurückgegangen. Nach Angaben der schwedischen Regierung liegt der Anteil an erneuerbaren Energien bei heute 28 Prozent. Dahinter verbergen sich überwiegend Biomasse und Windkraft.

Bereits die Vorgänger-Regierung hatte Erfolge mit ihrer Energie-, Transport-, Umwelt- und Steuerpolitik, die 2005 als „Sweden's demonstrable progress report“ als Teil der „Convention on Climate Change“ veröffentlicht wurden. Neue Entscheidungen sind seither hinzugetreten, etwa die Besteuerung von Kraftfahrzeugen gemessen an ihren CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Steuerbefreiung von biologischen Kraftstoffen oder die Verlängerung von Zuschüssen für „Climate Investment Programmes (KLIMP)“.

Die schwedische Regierungskommission für die Unabhängigkeit von Öl hat 2006 Maßnahmen und Richtziele vorgeschlagen, um Schweden in den Bereichen Transport und Heizung unabhängig vom Öl zu machen. Mitglieder der Kommission sind neben dem Premierminister Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel ist, bis 2020 das erste „ölfreie“ Land zu sein.

Die Treibhaus-Emissionen sollen bis 2050 um bis zu 50 Prozent verringert werden. Die schwedische Umweltschutz-Agentur arbeitet an einem Bericht, der die vorhandenen Daten aktualisiert. Dazu gehört eine Vorausschau zu den Emissionen im den Jahren 2010, 2015 und 2020, eine Bewertung der bisherigen Instrumente und Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase, die Darstellung des aktuellen Wissensstandes zum Klimawandel und der Zielsetzung, den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad zu beschränken.

## DIE BENELUX-STAATEN: AMBITIONIERTE ZIELE IM KLIMASCHUTZ

*Melanie Frank*

In den drei Benelux-Staaten steht der Klimawandel aufgrund des Berichts von Sir Nicholas Stern und der Berichte des IPCC auf der politischen Tagesordnung. Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates im März 2007 haben Belgien, die Niederlande und Luxemburg den dort beschlossenen ehrgeizigen Aktionsplan für Klimaschutz und Energie (EPE) von Anfang an unterstützt. Der Plan setzt ambitionierte Ziele zur Energieeinsparung und -effizienz für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, bindende Vorgaben für den

Einsatz erneuerbarer Energie und zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. So sollen bis 2020 der Ausstoß von Treibhausgasen im Rahmen einer Selbstverpflichtung um 20 Prozent sinken und 20 Prozent der benötigten Energie aus regenerativen Quellen stammen. Die Europäische Kommission wurde dazu aufgefordert, bis zum dritten Quartal gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten nationale Energiebilanzanalysen zu erstellen, mit deren Hilfe eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten anhand vergleichbarer sozioökonomischer Indikatoren ermöglicht werden soll.

## BELGIEN

Belgien unterstützte bereits in einem frühen Stadium die Ziele der Europäischen Kommission im Bereich der Klima- und Energiepolitik, welche dann durch den Europäischen Rat im März 2007 bestätigt wurden. Bei den nun anstehenden Verhandlungen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten zur Erreichung der o.g. Ziele, vertritt Belgien – gemeinsam mit den Niederlanden und Luxemburg – einen kosteneffizienten Ansatz, der die belgischen Interessen ausreichend vertritt.

In Bezug auf den für den Herbst 2007 vorgesehenen Vorschlag der Kommission zur Aufteilung (burden-sharing) der CO<sub>2</sub>-Emissionen, besteht zur Zeit die größte belgische Priorität darin, diesen Plänen der Kommission „gewappnet“ gegenüber zu stehen. Dies bedeutet, dass entsprechende Argumente zu verschiedenen Szenarien zu entwickeln sind, um die wichtigsten Punkte herauszufiltern. Weiterhin sieht die belgische Politik in dieser Hinsicht vor, auch weiterhin eng mit den Niederlanden und Luxemburg zu kooperieren.

In diesem Zusammenhang wurde bereits im März in den belgischen Regionen beschlossen, die durchgehende Beleuchtung der Autobahnen in Belgien, das traditionelle gelb-orange Laternenlicht, bei Nacht abzuschaffen. Damit soll auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert werden. Im nördlichen Landesteil Flandern wurde die Stromsparmaßnahme schon eingeführt, in der Wallonie allerdings sind derzeit noch rund 750 Autobahn-Kilometer großzügig beleuchtet. In Flandern wurde zudem wegen zu hoher Feinstaubwerte zum ersten Mal Tempo 90 verordnet. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung wird jedoch weitgehend ignoriert.

Im Wahlkampf für die belgischen Parlamentswahlen im Juni 2007 spielte der Klimawandel eine eher untergeordnete Rolle, innenpolitische Themen wie die Umstrukturierung der Steuerabgaben und die Reform der Arbeitsmarktpolitik bestimmen die Diskussion. Allein das Thema Atomstrom findet in den Medien regelmäßig einen Platz, wobei der im Jahre 2003 beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie zur Diskussion steht. Wahrscheinlich ist, dass der Ausstieg nicht zu dem geplanten Zeitpunkt kommen wird. Eigentlich sollten die belgischen Kernkraftwerke ab 2015 schrittweise vom Netz gehen. Inzwischen plädiert Premierminister Guy Verhofstadt für neue Kernkraftwerke und hat sich dafür ausgesprochen, den Atomausstieg rückgängig zu machen, während die Sozialisten und die Grünen am Atomausstieg festhalten. Das vor vier Jahren verabschiedete Gesetz zur Schließung der sieben Atommeiler zwischen 2015 und 2025 sei nicht zu halten, so der Premierminister. Es mangle an Alternativen für die Kraftwerke, aus denen Belgien 60 Prozent seiner

Energie bezieht. Die ältesten Kernkraftwerke müssten geschlossen und mehr in erneuerbare Energieträger investiert werden. Gleichzeitig möchte Verhofstadt eine „vierte Atom-Generation“ schaffen und greift damit Empfehlungen einer Expertenkommission vom November 2006 auf. Unterstützung erhielt der Premierminister in dieser Frage aus der Opposition: Die christdemokratische CD&V möchte ebenfalls die Diskussion um den geplanten Atomausstieg neu eröffnen.

## NIEDERLANDE

Die im Februar 2007 neugebildete Regierung unter Ministerpräsident Balkenende aus einer Koalition von CDA, ChristenUnie und sozialdemokratischer PvdA sieht in ihrer Koalitionsvereinbarung vor, den Energieverbrauch in den Niederlanden um 2 Prozent pro Jahr zu verringern, den Anteil von erneuerbaren Energien insgesamt auf 20 Prozent bis 2020 zu erhöhen und den Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 zu verringern. Somit hatte die neue niederländische Regierung bereits vor dem europäischen Gipfel im März 2007 Richtlinien für den Klimaschutz festgelegt, die damit weiter gehen als die einen Monat später beschlossenen europäischen Rahmenbestimmungen.

Die Regierung ist auch Teil der sogenannten „Koalition für den Energiewechsel“, bestehend aus Nichtregierungsorganisationen, Vertretern des Industriesektors, Oppositionsparteien, wissenschaftlichen Instituten sowie Umweltorganisationen und Entwicklungshilfeorganisationen, die für die Weiterführung der Klimadebatte von zentraler Bedeutung ist. Die aktuelle Debatte ist vor allem dadurch charakterisiert, wie diese angestrebten Ziele realisiert werden können. So etwa, welche Instrumente für die anvisierten Energieeinsparungen notwendig sind oder welches der effektivste Weg zur Erhöhung des Anteils von nachhaltigen Energien (on-shore Wind oder off-shore Wind, Solarenergie etc.) sei.

In der öffentlichen Diskussion steht zwar vornehmlich die Frage im Vordergrund, wie man die globale Erwärmung reduzieren kann, es geht aber auch immer mehr darum, wie man sich der neuen (bzw. zukünftigen) Situation anpassen kann. Der Klimawandel wird auch in den Niederlanden nicht mehr nur als Umweltproblem gesehen, sondern auch als Herausforderung für andere Politikbereiche. Als eine wichtige Folge des Klimawandels wird der Einfluss der globalen Erwärmung auf Entwicklungsländer gesehen. Denn gerade die Niederlande, in denen etwa 25 Prozent des Landes unter dem Meeresspiegel liegen, sehen die Gefahr für ähnlich tiefliegende Gebiete wie z.B. Bangladesh umso deutlicher. Der Schutz dieser Länder vor Naturkatastrophen hat somit höchste Priorität auf der klimapoliti-

schen Agenda. Daneben konzentrieren sich Bedenken auf den Rückgang der Biodiversität in den Niederlanden. Da eine Folge des Klimawandels die Migration vor allem aus Afrika nach Europa sein könnte, beschäftigt sich die niederländische Diskussion auch mit Fragen der Immigrationspolitik.

Der Bericht von Sir Nicholas Stern hat – wie auch in vielen anderen europäischen Staaten – zur verstärkten Diskussion um die notwendige Verringerung des Klimawandels beigetragen, indem er herausstellte, dass die Kosten des durch den Klimawandel entstandenen Schadens so hoch sein werden, dass es nicht nur effektiver, sondern auch ökonomisch sinnvoller ist, so schnell wie möglich in die Reduzierung des Klimawandels zu investieren. Folgend auf die letzte Veröffentlichung des IPCC-Berichts stehen die Niederlande mit dem Rest Europas vor der Herausforderung die richtigen Instrumente zur Verminderung des Klimawandels zu finden. In den Niederlanden stimmt man mit der Ansicht des IPCC-Berichts überein, dass das Potential zur Reduzierung des Klimawandels zwar vorhanden ist, dass nun aber die Politik gefragt ist, um die richtigen Impulse in den verschiedenen Politikbereichen zu setzen.

## LUXEMBURG

Der luxemburgische Staatsminister Jean-Claude Juncker räumte bereits Anfang 2006 der Verantwortung für den Erhalt des Weltklimas einen herausragenden Stellenwert ein. Anfang Mai 2006 stellte Umweltminister Lucien Lux den ersten Aktionsplan zur CO<sub>2</sub>-Reduktion vor. Darauf folgte der „Nationale Allokationsplan für 2008-2012“ zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die beiden Pläne enthalten unter anderem eine steuerliche Verteuerung des Individualverkehrs. Dieser Schritt war im Zusammenhang mit dem ansteigenden Tanktourismus im Transportsektor wichtig.

Neue Strategien zur Energienutzung sehen eine – verstärkte Einbindung erneuerbarer Energien vor und stehen in engem Zusammenhang mit dem CO<sub>2</sub>-Minderungsplan „Changement climatique: Agir pour un défi majeur“ sowie den auf europäischer Ebene vorgegeben Rahmen. Mit dem Forum „Klimaschutz schafft Chancen“ von Anfang Mai 2007, verdeutlicht Umweltminister Lucien Lux, dass auch auf Regierungsebene schnellstmöglich auf den neuesten Teil des IPCC-Berichts reagiert wurde.

## FRANKREICH: UMWELTPROBLEME HABEN NICHT DIE OBERSTE PRIORITÄT

*Beatrice Gorawantschy | Katharina Leuthner*

### 1. WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN FRANKREICH?

Zur Erfüllung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls hat Frankreich einen Klima-Plan („Plan climat“) aufgestellt. Dieser hat das Ziel, die Emissionen in verschiedenen Bereichen bis 2012 zu verringern. Er bereitet Frankreich auf fundamentale Veränderungen vor, die auf lange Sicht getroffen werden müssen, um die Folgen des drohenden Klimawandels einzudämmen. Zum ersten Mal gibt es hiermit einen speziellen Leitfaden, der Frankreich dabei helfen soll, Maßnahmen zu ergreifen.

In seiner Rede vom 11. Mai 2006 sprach der delegierte Botschafter für Umwelt im französischen Außenministerium („ambassadeur délégué à l’environnement“), Denys Gauer, vom Ziel Frankreichs seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um das vierfache zu reduzieren, indem es beispielsweise Biokohlenstoffe

verwendet und die Klimasysteme verbessert. Diese Maßnahmen werden noch ergänzt durch eine Informationskampagne des ADEME („Agence de l’Environnement et de la Maîtrise de l’Energie“) – ein Büro, das sich eigens mit Umwelt- und Energiefragen beschäftigt- zum Klimawandel und zu den Beiträgen, die jeder Einzelne leisten kann.

Frankreich gibt bereits 300 Millionen Euro pro Jahr für den Kampf gegen den Klimawandel aus und plädiert außerdem für eine Zusammenlegung der Kooperations- und Entwicklungspolitik mit dem Kampf gegen den Klimawandel. Im Jahr 2000 wurde ein nationales Programm zum Kampf gegen den Klimawandel („Plan national de lutte contre le changement climatique“, PNLCC) ausgearbeitet, das vorsah, die Ziele des Kyoto-Protokolls ohne Verzögerung zu erfüllen. Dieses wurde 2001 ergänzt durch ein nationales Programm zur Verbesserung der Energie-Effizienz („Programme National d’Amélioration de l’Efficacité Energétique“, PNAEE).